

LAG

2/93

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



Liebe Leserinnen und Leser,

das halbe Jahr zwischen den beiden Ausgaben der LAG-Zeitung ist schon eine lange Zeit. Da passiert allerhand in den Siedlungen vor Ort, in Hessen und darüberhinaus. Gut und gerne könnte die Zeitung doppelt so dick werden, auch durch die rege Unterstützung durch BewohnerInnen und KollegInnen. Aber weiterem Anwachsen der Seitenzahlen sind Grenzen gesetzt: zum einen kostet das ganze ja auch Geld, zum anderen wollen wir, daß die Zeitung auch noch übersichtlich bleibt und den Leser nicht gleich mit ihrer Masse erschlägt.

In diesem Sinne wünsche ich auch diesmal wieder viel Spaß beim Lesen!

Tina

Inhalt

| | |
|---|----|
| Neues aus der Geschäftsstelle..... | 3 |
| Da muß mal was gemacht werden! | |
| BewohnerInnentagung 1993 in Oberreifenberg..... | 5 |
| "Wir sind in Aufbruchstimmung" - | |
| Der Lohwald im Sommer 93..... | 7 |
| Die Darmstädter Männergruppe in Sachsen..... | 10 |
| 20 Jahre Gemeinschaftszentrum Mühlthal - Eine Siedlung hat Grund zum Feiern..... | 11 |
| Erfolge der Gemeinwesenarbeit: Die Entwicklung in den Gießener Brennpunkten von 1970 bis heute..... | 12 |
| Schwerpunkt: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik | |
| Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikverschärfung der sozialen Gegensätze..... | 15 |
| Sozialhilfekürzungen im Überblick..... | 16 |
| Sozialpolitik hautnah..... | 18 |
| Aktion gegen Kürzungen der Sozialleistungen in Bonn... Streichen bei den Reichen - Bundesweites Sommer- treffen der Sozialhilfeinitiativen in Borken..... | 20 |
| Initiativen des Landes Hessen - Informationen im Arbeitskreis Frauen und Arbeit..... | 22 |
| Rassismus war Thema der diesjährigen Frauenzentral- tagung..... | 23 |
| Community Organization - Training in Gelnhausen..... | 25 |
| Am Ende der Ausblick - Mädchenbildungsprojekt endet mit Fachtagung zur Mädchenarbeit..... | 27 |
| Sparschweinereien - viel Gerede - Abschied..... | 29 |
| Dies und Das..... | 30 |
| Terminkalender..... | 32 |

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/Main,
Telefon 069/25 00 38, Telefax 069/23 55 84

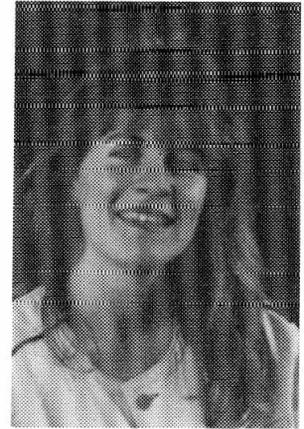
Titelbild: Foto Christina Hey

Redaktion: Christina Hey, Jürgen Maier
Gabi Bechtold (Schreibarbeiten und Layout)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

Im Verwaltungsbereich im Referat Existenzsicherungsberatung hat ein Personalwechsel stattgefunden. Nach genau achtjähriger Tätigkeit für die LAG ist Waltraud Rumpf zum 30. Juni 1993 ausgeschieden. An ihrer Stelle arbeitet dort nun Simone Iser, die sicherlich vielen, zumindest vom Telefon her, bereits bekannt ist. Simone Iser kommt aus Rüsselsheim-Königstädten und hat früher als Verwaltungsfachangestellte bei der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau gearbeitet. Dank der Erhöhung der Landesmittel für das Referat Existenzsicherungsberatung im Rahmen des Programmes "Arbeit statt Sozialhilfe" konnte die bisherige halbe Verwaltungsstelle in eine Vollzeitstelle umgewandelt werden. Waltraud Rumpf danken wir an dieser Stelle nochmals für ihr Mitwirken in der LAG und wünschen ihr für ihre weitere Zukunft alles Gute.



Das mit großem Elan Ende letzten Jahres gestartete Modellprojekt "Büro für Mietermitbestimmung" in Gießen ist derzeit leider ins Stocken geraten, da die Weiterfinanzierung nach Ablauf der 1. Modellphase bislang nicht abgesichert werden konnte. Auch hier danken wir Michael Schott für die geleistete Aufbauarbeit.

Eine Erfolgsmeldung gibt es dagegen aus der Wetterau zu verzeichnen. Nach vielen Jahren intensivster Zusammenarbeit mit dem Landkreis startet nun dort das Modellprojekt "Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis". Hierbei geht es im wesentlichen darum, die Erfahrungen, die mit zentralen Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlust und Obdachlosigkeit in einzelnen Großstädten bereits gemacht wurden, auf die Strukturen eines Landkreises zu übertragen. Das Modellprojekt hat zunächst eine Laufzeit von einem Jahr und wird von Reinhard Thies betreut.

Bei zwei Veranstaltungen im zurückliegenden 1. Halbjahr 1993 hieß es Abschied nehmen von zwei langjährigen Kooperationspartnern der LAG, die sich nunmehr anderen inhaltlichen Aufgaben zuwenden. Im Frauenbereich ist dies Renate Knigge-Tesche, die innerhalb der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung zukünftig für die Gedenkstätten zuständig ist und im Burckhardthaus wechselte Wolfgang Krebs für die Dauer von zunächst zwei Jahren zur Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung nach Kassel. Mit den beiden Nachfolgerinnen, Mechthild Jansen (HLZ) und Susanne Elsen (Burckhardthaus) ist eine Fortsetzung der Kooperations jedoch auf jeden Fall gesichert.

Als kleiner Ausblick auf das 2. Halbjahr 1993 sei an dieser Stelle auf die Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain "Wirtschaftskrise ohne Ende - Umbau oder Abbau des Sozialstaats?" vom 17. - 19. Oktober (siehe auch Seite 21) hingewiesen sowie auf unsere Mitgliederversammlung am 13. November; hier stehen auch wieder die Wahlen zum LAG-Vorstand an. Für die Durchführung der Mitgliederversammlung sind wir noch auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, am liebsten in einem Projekt vor Ort.

TAGUNGSDOKUMENTATION ERSCIENEN:

Von der Tagung "Rechtliche Rahmenbedingungen der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in hessischen Sozialen Brennpunkten vom 19. - 21.3.1993 in Kooperation mit dem Burckhardthaus ist eine 40seitige Tagungsdokumentation erschienen. Die Dokumentation ist gegen eine Gebühr von 10,-- DM (incl. Porto) über die LAG-Geschäftsstelle zu beziehen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN OBERREIFENBERG

Einen breiten Raum auf der Mitgliederversammlung im Anschluß an die diesjährige BewohnerInnen-Tagung nahm die Diskussion um den von der Bundesregierung betriebenen Sozialabbau im Rahmen des "Solidarpakts" ein. Weitere inhaltliche Themen waren die zukünftige Finanzierung der Arbeit in den Spiel- und Lernstuben, nachdem der Landeswohlfahrtsverband Hessen zum Jahresende seine Förderung in diesem Bereich einstellt sowie die möglichen Konsequenzen aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Hessen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten. Nahezu allerorts wurde eine große Wahlverdrossenheit verzeichnet; der Stimmenanteil der Republikaner lag zwischen 15% und 20%. Deutlich wurde in der Diskussion, daß viele Bewohnerinnen und Bewohner gerade in Sozialen Brennpunkten von den traditionellen Parteien maßlos enttäuscht sind, ihre Interessen dort nicht vertreten finden und daher erst garnicht zur Wahl gehen oder aus Protest rechte Parteien wählen.

Neben diesen inhaltlichen Themenstellungen gab es aber auch wieder eine Reihe von Regularien zu erledigen. So wurden die vom Finanzamt Frankfurt bezüglich der Gemeinnützigkeit gewünschten, redaktionellen Satzungsänderungen einstimmig genehmigt und Hartmut Fritz verlas das Rücktrittsschreiben von Lorenz Ried, der sein Vorstandsmandat aus gesundheitlichen Gründen leider zur Verfügung stellen mußte. Hartmut Fritz bedankte sich bei Lorenz Ried für die geleistete Vorstandsarbeit in den letzten Jahren und schlug vor, den Beisitzerposten bis zur nächsten Gesamtvorstandswahl auf der Herbst-Mitgliederversammlung in diesem Jahr unbesetzt zu belassen. Bei einer Enthaltung wurde auch diesem Vorschlag zugestimmt.

In seinem Bericht aus der LAG-Geschäftsstelle ging Hartmut Fritz u.a. auf die anstehende Debatte zur Fortschreibung des "Obdachlosen-Erlasses" des Hessischen Sozialministers sowie auf die sich in den letzten Jahren abzeichnende Veränderung in der Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsstelle, dem Vorstand und den Mitgliedsprojekten ein. 1994 soll das 20jährige Vereinsjubiläum entsprechend gefeiert werden.

Lothar Stock

WIR TRAUERN UM KATHARINA LÖFKE

Katharina Löfke ist tot. Sie starb unter tragischen Umständen am Morgen des 23. Augusts im Alter von 56 Jahren. Ihr Tod hat uns alle erschüttert.

Kennengelernt habe ich Katharina im Januar 1989 beim Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen. Seitdem hatte sie bei keinem Treffen mehr gefehlt und auch in der Arbeitsgruppe Sozialhilfe wirkte sie beständig mit. Im Mai 1991 wurde Katharina Einzelmitglied in unserer Landesarbeitsgemeinschaft.

Obwohl sie in ihrem Leben wiederholt selber mit schweren persönlichen Rückschlägen konfrontiert wurde - ihre Gesundheit machte ihr oft sehr zu schaffen, die langjährige Auseinandersetzung um den Verbleib in ihrer Wohnung zerzte an den Nerven, die finanzielle Situation als alleinerziehende Sozialhilfeberechtigte mit drei Kindern war keineswegs rosig - fand Katharina immer wieder die Kraft, sich für die Rechte anderer einzusetzen. Es gab kaum eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Armut in Frankfurt, in der sich Katharina nicht zu Wort meldete und mit Nachdruck für die Belange der Sozialhilfeberechtigten, der Wohnungslosen, der arbeitslosen Jugendlichen stritt. So werden wir Katharina in Erinnerung halten. Hier wird sie uns aber auch in Zukunft sehr fehlen.

Lothar Stock

DA MUß MAL WAS GEMACHT WERDEN!
BEWOHNERINNENTAGUNG 1993 IN OBERREIFENBERG

Das Erzähl-Cafe:



"Mit den Theaterleuten, das war echt gut!"



"Da geht uns der Hut hoch!"

**"WIR SIND IN AUFBRUCHSTIMMUNG"
DER LOHWALD IM SOMMER 1993**

Im April wurden in der Lohwaldsiedlung in Offenbach mehrere längere Zeit leerstehende Wohnungen besetzt. Es gab darum viel öffentlichen Wirbel. Außerdem hatte Hannes Wenzel vom Sozialhilfeverein Offenbach zu einer Bewohnererversammlung die Wohnungsbaugesellschaft, Vertreter des Magistrats, die Parteien sowie Presse und das Fernsehen eingeladen. Die Versammlung war sehr gut besucht, die Stimmung prächtig und auch die LAG - vertreten durch Jürgen Maier und Lothar Stock - war mit "vor Ort". Die Bewohnerinnen und Bewohner solidarisierten sich mit den Wohnungsbesetzern und forderten, daß sie in den Wohnungen bleiben können. Zukünftig wollten sie wieder bei der Vergabe von Wohnungen beteiligt werden. Probleme in der Siedlung wurden vor allem darauf zurückgeführt, daß über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden und sich im übrigen Wohnungsbaugesellschaft und Stadt wenig um die Siedlung kümmern. Ein Ergebnis der Versammlung war, daß ein "Runder Tisch" einberufen wird, an dem Bewohnerinnen und Bewohner, Vertreter der Projektgruppe, der Wohnungsbaugesellschaft Nassauisches Heim und der Stadt Offenbach über die Wohnungsbesetzungen, Probleme in der Siedlung und Perspektiven dieses Stadtteils sprechen werden. Jürgen Maier wollte für die LAG-Zeitung jetzt wissen, was aus der ganzen Sache geworden ist. Er sprach deshalb am 13. Juli mit Robert und Peter Bernhard, zwei aktiven Bewohnern:

Jürgen Maier: Ihr habt mit den Wohnungsbesetzungen auch auf die Mißstände bei der Vergabe von Wohnungen aufmerksam gemacht. Hat's eigentlich was gebracht?

Robert Bernhard: Auf jeden Fall, ohne die Besetzungen hätte sich hier gar nichts getan. Man muß leider zu solchen Mitteln greifen, um auf Mißstände aufmerksam zu machen.

Jürgen Maier: Wie sieht's eigentlich aus? Konnte Frau Miltenberger mit ihren 6 Kindern in der besetzten Wohnung bleiben und wie ist es bei den anderen, die Wohnungen besetzt hatten?

Peter Bernhard: Die Sylvia Miltenberger soll aus der Wohnung raus, weil sie 45 qm zu groß sein soll. Sie kann aber bleiben, bis für sie eine 5-Zimmer-Wohnung gefunden ist. Die Klage auf Räumung der Wohnung wird solange aufrechterhalten. Die anderen können in ihren Wohnungen drinbleiben.

Jürgen Maier: Wie steht's denn mit dem "Runden Tisch", der einberufen

werden sollte? Wer nimmt daran teil?

Robert Bernhard: Der Runde Tisch hat sich bisher zweimal getroffen. Von den Bewohnern nehmen außer mir noch meine Brüder Peter und Max teil, Herr Kelmardi als Vertreter der türkischen Bewohner, Frau Muhn, Hannes vom Sozialhilfeverein, Raimund und Tina von der Projektgruppe, Frau Knobloch vom Nassauischen Heim sowie Herr Stamm und Herr Kirschner vom Wohnungsamt. Herr Kirschner ist übrigens ein feiner Kerl, er unterstützt uns sehr.

Jürgen Maier: Und über was wurde seither bei den Sitzungen vor allem gesprochen?

Robert Bernhard: Es ging hauptsächlich darum, daß auch das Nassauische Heim seine Leistungen erbringt, die die Mieter bezahlen müssen. Kuck Dir doch mal dort drüben das Gras an, wie hoch das steht, seit der Bewohnererversammlung wurde nichts mehr gemacht! Überall sind alte Elektroboiler drin trotz Gasanschluß.

SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

Peter Bernhard: Aber wir haben auch ganz konkrete Sachen vereinbart. Es geht um die Sauberkeit der Siedlung. Wegen dem Sperrmüll in einigen Kellern hat der Kammerjäger dort gar nichts gemacht. Wir räumen jetzt die Keller aus und sorgen für die Abfuhr. Dann werden - wo es das noch nicht gibt - Sperrmüllkeller eingerichtet, die einmal im Monat geleert werden.



Robert Bernhard (Fotos: J. Maier)

Für jedes Haus suchen wir zur Zeit einen Vertrauensmann für die Bewohner, der sich um die Einhaltung der Ordnung kümmern soll. Das Nassauische Heim hat jetzt außerdem neue Fenster zugesagt und ein Hausmeister soll angestellt werden.

Robert Bernhard: Aber die sollen den auch ordentlich bezahlen für diese schwierige Arbeit hier. Nur dann macht das auch jemand aus der Siedlung hier. Auch an dem Punkt wollen wir ernst genommen werden. Die meinen, das macht hier jemand für'n Appel und'n Ei.

Peter Bernhard: Außerdem wurde am Runden Tisch eine Bestandsaufnahme der Mängel beschlossen. Jeder Haushalt bekommt zur Zeit eine Liste, wo er aufschreiben kann, was alles gemacht werden müßte. Die bekommt das Nassauische Heim.

Robert Bernhard: Ja und wenn dann immer noch nichts gemacht wird, gehen wir zum Mieterschutzbund wegen Mietminderung.

Jürgen Maier: Ich habe das Gefühl, bei euch tut sich einiges.

Robert Bernhard: Ja, wir sind in Aufbruchstimmung!

Jürgen Maier: Den Runden Tisch seht ihr also als erfolgreich an?

Robert Bernhard: Auf jeden Fall. Wir berufen jetzt sogar den Runden Tisch dann ein, wann wir ihn brauchen. Wir laden die Leute ein, die wir wollen! Unser Ziel ist es sogar, unsere Interessen gegenüber der Stadt auch mal ohne Sozialarbeiter zu vertreten. Was allein geht, machen wir alleine.

Jürgen Maier: Wie soll es nach eurer Meinung eigentlich mit der Lohwald-Siedlung weitergehen? Da gab's ja in der Vergangenheit die verschiedensten Pläne, unter anderem die Sanierung.



Peter Bernhard

Robert Bernhard: Auf jeden Fall muß die Lohwaldsiedlung erhalten bleiben. Wo sollen denn sonst große Familien in Offenbach wohnen? Wir brauchen aber die Mitbestimmung darüber, wer hier reinzieht. Aber es müssen sich noch mehr Leute beteiligen. Es darf nicht beim Runden Tisch bleiben.

Peter Bernhard: Es muß auch Mitbestimmung darüber geben, wer in die kleinen Häuschen, z. B. am Sanddorn- und Holunderpfad, zieht. Die

Wir wollen nicht immer die Jugendlichen fragen, ob wir mal in ihre Räume können. Aus den Schulräumen der mittlerweile demolierten Eingangsstufe hätte man was machen können. Der Abriß würde jetzt 100.000 DM kosten. Dafür hat die Stadt kein Geld. Also bleibt die Ruine wie sie ist und stellt ständig eine Gefahr für die Kinder dar!

Jürgen Maier: Ist denn daraus wirklich nichts mehr zu machen?



Die Nachbarschaft im Gespräch:

Wie wird es im Lohwald weitergehen?

Erste Anstrengungen werden von den BewohnerInnen unternommen - Wohnungsbaugesellschaften und Stadt Offenbach sind gefragt

werden von der GWO verwaltet. Wir wollen, daß die erhalten bleiben, gerade für junge Leute. Die könnten doch auf Erbpacht vergeben werden. Die Bewohner machen sich doch sowieso alles selbst. Kuck Dir doch mal einige Häuschen an, wie schön sich die Leute das gemacht haben.

Robert Bernhard: Hier müßten auch Gemeinschaftsräume für die Bewohner her, wo man sich treffen kann.

Robert Bernhard: Wenn viele mitmachen und die Stadt das Material stellt, müßte man mal sehen. Vielleicht läßt sich für 100.000 DM auch was Vernünftiges machen. Da könnten auch Jugendliche eine sinnvolle Beschäftigung finden.

Jürgen Maier: Vielen Dank, daß ihr euch die Zeit für das Interview genommen habt. Ich wünsche euch viel Erfolg bei den weiteren Vorhaben.

Jürgen Maier

DIE DARMSTÄDTER MÄNNERGRUPPE IN SACHSEN

Am Samstag, den 12.6.93 fuhren wir, die Männergruppe Rodgaustraße aus Arheiligen, zu einer Freizeit nach Torgau (Sachsen). Nach ca. sieben Stunden auf der Autobahn trafen wir gegen 20 Uhr in Torgau bei unserem Gastgeber Peter Kiethes ein. Zur Begrüßung gab es Kaffee und belegte Brötchen. Dann fuhren wir zu Peter Kiethes Grundstück außerhalb Torgaus und schlugen dort unsere Zelte auf. Anschließend gaben die Männergruppe von Torgau und Peter Kiethes zur Begrüßung ein Grillfest.

Die folgenden sechs Tage waren mit vielerlei Unternehmungen gefüllt: mit Besichtigung des Torgauer Schlosses und des Bärengrabens, einem Besuch in Leipzig und einer Fahrt nach Polen.

Interessiert haben uns auch die sozialen Einrichtungen vor Ort. Nach dem Frühstück am Montag morgen fuhren wir ins Jugendhaus Torgau, um uns über die Organisation und den Aufbau zu informieren. Dabei haben wir festgestellt, daß dieses Jugendhaus bessere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jugendliche und Kinder bietet als dies bei uns der Fall ist (Bodybuilding, Computerspiele, Cafeteria, größere Billardtische, am Wochenende geöffnet, Kegelbahn). Später besichtigten wir ein von Punkern besetztes Haus, welches in naher Zukunft durch diese Besetzungsaktion zu einem Jugendhaus ausgebaut werden soll.

Viel Zeit verbrachten wir auch mit der Männergruppe in Torgau. Am Donnerstagmorgen haben wir drei der Männer nach dem Frühstück interviewt. Zwei von ihnen (René und Heiko) haben uns bei fast allen unseren Unternehmungen begleitet. Sie haben uns z. B. durch Torgau geführt und uns die dortigen Sehenswürdigkeiten gezeigt. Dadurch haben wir aber auch Sachen kennengelernt, die uns sonst entgangen wären.

Thema des Interviews war das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Die Interviews haben wir mit der Videokamera aufgenommen. Anschließend fuhren wir nochmals in das Jugendhaus nach Torgau und haben dort die Leiterin interviewt.



Wie immer bei unseren Fahrten kam auch die Freizeit nicht zu kurz. Besuche im Hallenbad und Kaffeetrinken, eine Wanderung und Lagerfeuer, Dart und Billard rundeten unser Programm ab. Nachdem wir noch Geschenke für unsere Frauen und Kinder eingekauft hatten, verabschiedeten wir uns am Freitag bei unseren Gastgebern, der Familie Kiethes, und fuhren wieder nach Darmstadt zurück.

Die Männergruppe von Torgau will von sich aus nach Darmstadt kommen, um die Rodgaustraße kennenzulernen und auch wir, die Männergruppe, werden sicherlich wieder einmal Torgau einen Besuch abstatten.

Die Männergruppe Rodgaustraße,
Darmstadt

20 Jahre Gemeinschaftszentrum Mühlthal - Eine Siedlung hat Grund zum Feiern

Was im Verlauf von 20 Jahren Gemeinwesenarbeit im Wiesbadener Stadtteil Mühlthal erreicht worden ist, konnten die FestbesucherInnen im Mai diesen Jahres im Mühlthal erleben: grüne Balkone statt Schimmel an den Wänden, eine bunte Kindertagesstätte statt Spielen auf der Halde, schmackhaftes Essen im Beschäftigungsprojekt statt Arbeitslosigkeit - ein Erfolg, der nur im Zusammenwirken von BewohnerInnen, SozialarbeiterInnen und Politik und Verwaltung möglich war.

So waren denn auch alle versammelt, als das Gemeinschaftszentrum zum großen Fest seine Pforten öffnete. Und wie gewohnt, blieb das Angebot auch nicht hinter den Erwartungen zurück: Neben einem bunten Kinderprogramm mit dem Auftritt eines Clowns, Schubkarrenrennen, großem Luftkissen und jeder Menge Spiele kamen auch die Erwachsenen auf ihre Kosten: Produkte der Malgruppe wurden versteigert, beim "Darten" konnten Mann und Frau ihre Geschicklichkeit erproben und wie immer gab's auch jede Menge Musik.

Das Fest bot auch Gelegenheit, die Geschichte des Mühltals noch einmal Revue passieren zu lassen. Für Achim Bach-Bartel vom Gemeinschaftszentrum ist das Mühlthal heute kein Sozialer Brennpunkt mehr. Dennoch bleiben die Angebote des Gemeinschaftszentrums für die Bewohnerinnen der Siedlung wichtig: erste Anlaufstelle bei Problemen zu sein, zu informieren und zu beraten, Räume für Aktivitäten zu bieten. Die Kindertagesstätte ist dabei ebensowenig wegzudenken wie die Beschäftigungsangebote, die nicht nur für viele den Weg in den Arbeitsmarkt öffnen, sondern auch mit ihrer Arbeit zur Versorgung der Siedlung beitragen.

20 Jahre Gemeinschaftszentrum Mühlthal - sicher auch eine Perspektive für andere Projekte!

Christina Hey



aus: Frankfurter Rundschau v. 18.5.93

**ERFOLGE DER GEMEINWESENARBEIT:
DIE ENTWICKLUNG IN DEN GIEßENER BRENNPUNKTEN VON 1970 BIS HEUTE**

Im März diesen Jahres veranstaltete die LAG eine Tagung in Kooperation mit dem Burckhardthaus in Gelnhausen zum Thema "Rechtliche Rahmenbedingungen der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten". Hintergrund der Veranstaltung war die Frage, was in die nach Auslaufen des alten Erlasses zur Verhinderung von Obdachlosigkeit notwendig gewordene Neufassung an Orientierungen einfließen müßte.

| Gießen: Magaretenhütte, Gummilinsel, Eulenkopf | A. Wohnen | B. Stadtentwicklung |
|---|---|--|
| <p>Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung</p> <p>Phasen der Siedlungsentwicklung</p> | <p>Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen | <p>Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort |
| <p>0. "Ausgangslage" (50/60er Jahre)</p> | <p>1932-33 Entstehung der Siedlung, 78 Rotklinkerhäuschen, > 400 Kinder, Soziale Ausgrenzung</p> <p>1953 Notwohnungen, sog. Wohnhof: 35 Familien, ohne Bad und Heizung</p> <p>1959/60 Wohnwagen; Alter Krofdorfer Weg</p> <p>1966 6 Wohnblocks Schlichtbau -> 1975 mit Duschen</p> | <p>Ghetto für Obdachlose</p> <ul style="list-style-type: none"> - isoliert, ausgegrenzt <p><u>Wohn-haft</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Eisenbahnwagen - Baracken - Schlichtbauten - Container |
| <p>1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)</p> | <p>1971 Abriß der Wohnhofs -> Sozialer Wohnungsbau, Leimenkauter Weg 1-3</p> <p>1972 3 weitere Schlichtbauten mit Duschen</p> <p>1974 3 Wohnblocks, Krofdorfer Str. 4 Leimenkauter Weg -> Sozialer Wohnungsbau</p> <p>1976 Rotklinkerhäuschen: Einbau von Duschen im Keller</p> | <p>3-Stufenmodell konservative Sozialpolitik</p> <p>Auflösung des Ghettos und Umsiedlung</p> <p>Sanierung und Stadtentwicklung</p> |
| <p>2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)</p> | <p>1986 Einweisungsstopp Beginn der Schlichtbausanierung 1. modellhafte Sanierung</p> <p>1989 Bezug von neuen Wohnungen; Sozialer Wohnungsbau</p> | <p>Stop von Notwohnungen</p> <p>Förderung der Sanierung von Obdachlosensiedlungen</p> <p>Sozial- und städteplanerische Gesamtgutachten zur Beseitigung von Obdachlosigkeit</p> |
| <p>3. "Sozialplanung": GWA im Planungsprozeß (um 1990)</p> | <p>1990-96 Vollständige Sanierung des Wohngebietes</p> <p>1992 Bezug von Eigentumswohnungen "Kuhwiese"</p> <p>1992 Bezug von 2 neuen Häusern; sozialer Wohnungsbau und Wohnumfeldgestaltung</p> | <p>Beteiligung und Organisation von Betroffenen-Beteiligung</p> |
| <p>4. Bilanz/ Perspektiven</p> | <p>Perspektiven: Öffnung zum Stadtteil Gi-West Ausbau von Infrastruktur Vollständige Sanierung</p> <p>1996 laut politischer Aussagen kein Sozialer Brennpunkt mehr</p> | <p>Stadtteilentwicklung noch nicht abgeschlossen, aber auf der Tagesordnung der Kommunalpolitik</p> <p>Wohnwertes Viertel</p> |

Zur Beantwortung dieser Frage stand die Bilanzierung der bisher auf Grundlage des Erlasses geleisteten Gemeinwesenarbeit im Vordergrund. Ausgehend vom Beispiel der drei Gießener Brennpunkte, das wir hier dokumentieren, vollzogen die Teilnehmerinnen die Entwicklung der Brennpunkte in ihren Städten nach.

Mittlerweile haben auch andere Projekte anhand des vorgegebenen Rasters ihre Entwicklung beschrieben. Wichtig erscheint bei der Betrachtung, sich auch die jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort zu vergegenwärtigen, sind die Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Städten Hessens doch äußerst unterschiedlich.

| C. Arbeit | D. Bildung | E. Integration |
|--|---|---|
| <p>Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung | <p>Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten</p> | <p>Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen |
| <ul style="list-style-type: none"> - Subsistenzwirtschaft "Schrotteln", Handel, fahrende Verkäufer - Heimarbeit/Putzstellen für die Frauen - nur wenig abhängig Beschäftigte, wenn: Männer, im gewerblichen Bereich (Bau) | <p>Bildungsdefizite Schulschwänzen als Regelfall</p> <p>Spiel- und Lernstube 1969/70</p> | <p>1932-55 Soz. Integration durch Eingliederung in wirtschaftl. Arbeitsprozeß Heimarbeit bei der Gummiinsel</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entstehung des Begriffs Gummiinsel - soz. Distanz/Ghetto <p>60er J. Ev. Kirchengemeinde bietet Spielkreis an</p> |
| <p>nur Jugendarbeitslosigkeit als Focus</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildungsdefizite aufholen, Schulabschlüsse herstellen <p>Haltungen/Werte u. Diskussion zw. zwei Elementen</p> <ul style="list-style-type: none"> - alternative Ökonomie, Selbsthilfekollektive <p>oder</p> <ul style="list-style-type: none"> - normale berufliche Perspektiven/Arbeitsverhältnisse zur Sicherung der Existenz, ohne Sozialhilfe leben zu können, teilhaben, Ausgrenzung aufheben | <p>Eingangsstufe in der Siedlung 1973/74</p> <p>Eingangsstufe geschlossen 1978</p> | <p>1970-80 Bezug der Westschule</p> <p>Entstehung der Hausaufgabenhilfe</p> <ul style="list-style-type: none"> - defizitärer Ansatz: Entstehung der Arbeit vor Ort über das Diakonische Werk, bewußtes Gegensteuern von Ausgrenzung- - Freizeitangebote - Fußballclub - Frauengruppen |
| <p>Ideen zur Absicherung institutionalisierter Konzept. Ansätze</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung von Beschäftigungsinitiativen (2. Arbeitsmarkt) <p>Reden ist nicht genug. Keine Integration in Normalarbeitsmarkt erreicht. Nur Ausnahmen!</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeit statt Sozialhilfe, tarifgerechte Entlohnung <p>Selten in den Sozialen Brennpunkten gegründet. In der Regel außerhalb.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommunale Initiativen oder zielgruppenspezif. nur für Brennpunktpersonen/ Jugendliche (IJB) - Mädchen/ Frauen-spezifische Projekte | | <p>1986 Entstehung Fanfarenzug West (Siedlungs-u. Weststadtbewohner), Außenkontakte</p> <p>1989 Bezug Wilhelm Liebknecht Haus - adäquate Ausstattung "Arbeit vor Ort" Öffnung durch Fremdvermietung</p> |
| <p>keine ausgesprochen sozialplanerischen Aktivitäten, eher kommunalpolitische Wahlkampfaktivitäten (ZAUG GmbH - Gießen) von Einzelpersonen.</p> | | <p>90er J. Öffnung zum Stadtteil</p> <p>Forderung von Siedlungsumbenennung von Bewohnern</p> <p>erneute Ausgrenzung</p> <p>wachsende Arbeitslosigkeit und Armut - mehr Einzelfallhilfe/Schuldnerberatung</p> |
| <p>Offen nach wie vor: Schulabschlüsse, Lehre, Ausbildung, Normalarbeitsverhältnisse als fester Wert und Ziel der GWA</p> <p><u>Ziel:</u> "Integration durch Arbeit muß konzeptionell aufgenommen werden in alle Arbeitsbereiche der GWA und unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten bearbeitet werden."</p> | <p>aktuell 6 Sonderschüler - ca 40 Kinder im Hort-/Kinderbereich</p> <p>Großer Bruch im Jugendbereich: Kaum jemand macht Ausbildung</p> | <p>Subjekt der GWA ist jedoch im Grunde das Gemeinwesen selbst, die sich organisierende Bevölkerung, "denn Emanzipation kann nicht zugeteilt werden".</p> |

SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

Mit der Dokumentation des Gießener Beispiels in der LAG-Zeitung möchten wir dreierlei erreichen: zum ersten wollen wir aufzeigen, wie erfolgreich die Gemeinwesenarbeit in den letzten 20 Jahren in den Siedlungen gewirkt hat; zum zweiten wollen wir damit einen Beitrag leisten zur Debatte um Ziele und Aufgaben von Gemeinwesenarbeit und zum dritten wollen wir weitere Projekte anregen, die Entwicklung ihrer Arbeit anhand des Rasters nachzuvollziehen. Notwendig wird dabei, diese Entwicklung weiter zu differenzieren nach verschiedenen Zielgruppen und Geschlechtern (Kinder, Mädchen, Jungen, Frauen und Männer).

Christina Hey

| F. Partizipation | G. Gemeinwesenarbeit | H. Sozialzentren |
|---|--|--|
| <p>Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen | <p>Absicherung der Gemeinwesenarbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe" | <p>Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen |
| <ul style="list-style-type: none"> - Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe - materiell - strukturell <p>Stigma statt Identitätsbildung</p> | <ul style="list-style-type: none"> - Fürsorge - Aufseher - Blockwart <p>caritative Helfer/ Seelsorge</p> | <p>kaum vorhanden</p> |
| <p>Motto: Chancengleichheit</p> <p>Lebenslage: Armut</p> | <p>niedrigschwellige Hilfe Situationsansatz Politisierung Randgruppenstrategie Bürgerinitiative</p> | <p>Provisorien sonderpädagogische Einrichtung vor Ort</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> - Spielstuben - Stadtteilstube - Bewohnerräte | <p>Einmischung in - Verwaltungshandeln/ Politik Mieterräte Initiativgruppen Professionalisierung Differenzierung Kinder-/ Jugend-/ Erwachsenenarbeit Gruppenarbeit Gießener Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Vernetzung</p> | <p>Beratungsbüros Spiel-Lernstuben Jugendclubs Gemeinschaftszentrum Vereinsheim für Sportverein</p> |
| <p>Sanierungsbeirat</p> <p>Mieter-Mitbestimmung</p> | <ul style="list-style-type: none"> - Anwalt der Betroffenen - Moderator unter den Beteiligten - Bündelung der Ergebnisse - Organisator der Lobby - Öffentlichkeitsarbeit | <p>KITA/Hort Gemeinschaftshaus Schrottplatz zentrale / dezentrale Dienstleistungseinrichtungen</p> |
| <p>Mitbestimmungsrechte realisieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnen - Arbeit - Bildung/Kultur | <p>GWA nötiger denn je! Soviel Sozialer Brennpunkt wie nötig, sowenig wie möglich. Bearbeitung des Widerspruchs Überflüssig machen Grundversorgung absichern</p> | |

**ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK:
VERSCHÄRFUNG DER SOZIALEN GEGENSÄTZE**

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf Talfahrt. Menschen werden arbeitslos. Die Staatsverschuldung wächst. Die Regierung fällt Sparbeschlüsse. Und sie spart dort, wo die Lobby eh nicht sehr groß ist: bei denen, die sowieso wenig haben. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Die Teilung der Gesellschaft soll weiter ausgebaut und verfestigt werden. Ein zweiter Arbeitsmarkt mit untertariflicher Bezahlung ist in der Diskussion. Mißbrauchsargumente werden ins Feld geführt. SozialhilfeempfängerInnen sollen verstärkt zur Pflichtarbeit herangezogen werden.

Wie diese Entwicklungen einzuschätzen sind und wie wir darauf reagieren sollen, darüber debattieren wir auch in der LAG. Das Thema Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist deshalb auch Schwerpunkt dieser Zeitungsausgabe. Wir wollen damit die inhaltliche Diskussion weiter anregen, aber auch einen Beitrag leisten zur Aktivierung für die eigenen Interessen.

Im ersten Teil stellen wir weitere Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung vor, nachdem wir bereits in der letzten Ausgabe über die Verschlechterungen im Arbeitsförderungsgesetz berichteten. Damit ist das Ende allerdings noch nicht erreicht. Weitere soziale Leistungen sollen gekürzt beziehungsweise gestrichen werden. Wie sich die Maßnahmen auf die SozialhilfeempfängerInnen vor Ort auswirken, wird am Beispiel der Wegscheidstraße in Frankfurt deutlich. Hier zeigt sich auch, daß nicht alle bereit sind, die Kürzungen ohne Gegenwehr hinzunehmen. Dies bestätigt auch der Bericht vom bundesweiten Treffen der Sozialhilfeinitiativen in Borken. Von einer bereits gelaufenen Aktion gegen den Sozialabbau berichtet Kathrin Boos in einem Interview. Und wie das Land Hessen auf die Politik der Bundesregierung reagiert, ist in dem Beitrag über den Arbeitskreis Frauen und Arbeit zu erfahren.

Christina Hey



*Hessische TeilnehmerInnen bei der Aktion in Bonn am 28.5.93
(Foto: Jürgen Maier)*

SOZIALHILFEKÜRZUNGEN IM ÜBERBLICK

Der Deutsche Bundestag (27.05.93) hat mit Zustimmung des Bundesrates (28.05.) ein umfangreiches Gesetzkpaket beschlossen (sogenannter Solidaripakt), zu dem auch weitreichende Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes gehören. Diese Änderungen bedeuten für die Sozialhilfeberechtigten vielfältige Verschlechterungen und Kürzungen, auch wenn sie auf den ersten Blick als solche nicht immer gleich erkennbar sind. Fast jede Änderung soll jedoch Einsparungen in Millionenhöhe (bei den Städten und Gemeinden) bringen und diese Sparabsicht wird sich für die Betroffenen in ganz unterschiedlicher Weise auswirken. In der folgenden Zusammenstellung sind nur die wichtigsten Kürzungen ab 01.07.93 zusammengefaßt:

| Maßnahme | Sparabsicht | Daraus folgende Kürzung |
|---|--|---|
| <u>Begrenzung (Deckelung) der Sätze (§ 22 BSHG) in Hessen:</u> 1.7.93: + 1 % = 515 DM 1.1.94: + 1 % = 520 DM <u>1994 und 1995*</u> 1.7.94 - 30.6.95: + insges. 3 % 1.7.95 - 30.6.96: + insges. höchstens 3 % | 1993: 340 Mio. 1994: 525 Mio. 1995: 665 Mio. 1996: 665 Mio. | Um die Preissteigerungen (mind. 4 %) auszugleichen hätten die Regelsätze um mind. 4 % erhöht werden müssen = 530 DM. Die "Erhöhung" auf 515 DM zum 1.7. bedeutet also eine monatliche KÜRZUNG um DM 15 DM. |
| <u>Kürzung von Mehrbedarfszuschlägen (§ 23 BSHG)</u> 20 % Mehrbedarf für ältere Menschen gibt es (wieder) erst ab 65 Jahren (mit Bestandsgarantie für die, die jetzt den Mehrbedarf schon bekommen). | 1993: 20 Mio. 1994: 60 Mio. 1995: 80 Mio. 1996: 100 Mio. | Menschen zwischen 60 und 65 Jahren erhalten dadurch 103 DM weniger. |
| Wegfall des Erwerbstätigenmehrbedarfs | | An Stelle des seitherigen Mehrbedarfs ist "ein Betrag in angemessener Höhe" vom Einkommen abzusetzen (§ 76 BSHG) (ist noch nicht festgelegt). |
| Wegfall des Mehrbedarfs für Tuberkulosekranke | | 103 DM weniger |
| höchstens 100 % Mehrbedarf vom maßgebenden Regelsatz (bei mehreren Mehrbedarfs-Zuschlägen nebeneinander) | | |

| Maßnahme | Sparabsicht | Daraus folgende Kürzung |
|--|--|---|
| Restriktive Handhabung einmaliger Leistungen (§ 21 BSHG) (Bekleidung, Hausrat usw.) | 1993: 100 Mio. 1994: 200 Mio. 1995: 200 Mio. 1996: 200 Mio. | Durch die angestrebte bundeseinheitliche Bewilligungspraxis werden seither für die Sozialhilfeberechtigten positive Regelungen abgeschafft oder eingeschränkt (vgl. Kürzung der Kleiderpauschale in Frankfurt von 770 DM/Jahr auf 580 DM/Jahr). |
| Lohnabstandsgebot gilt auch für Haushaltsgemeinschaften mit 4 oder mehr Personen (§ 23 BSHG). | 1993: 45 Mio. 1994: 90 Mio. 1995: 90 Mio. 1996: 90 Mio. | Das bedeutet eine zukünftige Kürzung der Sozialhilfe für Familien, wenn der Sozialhilfebedarf plus dem neuen (noch nicht festgelegten) Freilassungsbetrag für Erwerbstätige höher wäre als ein durchschnittliches unteres Netto-Arbeitseinkommen. |
| Stärkere Arbeitsverpflichtung vor allem für "jüngere Menschen" und alleinerziehende (§ 18), es kann bei vom Sozialamt geschaffenen "Arbeitsgelegenheiten" von der Anforderung der Zusätzlichkeit abgesehen werden (§ 19 BSHG). | 1993: 50 Mio. 1994: 80 Mio. 1995: 80 Mio. 1996: 100 Mio. | Kürzung der Sozialhilfe "auf das zum Leben Unerläßliche" bei Verweigerung zumutbarer Arbeit (Sollverpflichtung) bis zu 12 Wochen. Eine Kürzung ist allerdings in der Regel um höchstens 20 % zulässig. |
| "Vermeidung von Mißbrauch" (neuer § 117 BSHG) | 1993: 40 Mio. 1994: 150 Mio. 1995: 230 Mio. 1996: 230 Mio. | Datenabgleich mit dem Arbeitsamt, Unfall- und Rentenversicherungsträgern, anderen Sozialhilfeträgern und anderen Stellen der Kommunalverwaltung (auch das kann letztendlich Kürzung bedeuten). |

Außerdem:

Es werden Kürzungen der laufenden Sozialhilfe ausdrücklich zugelassen, um Erstattungs- und Schadensersatzansprüche des Sozialamtes aufrechnen zu können (neuer § 25 a).

* in der neuesten Kürzungsdiskussion ist 1994/95 keine Erhöhung vorgesehen

Jürgen Maier

SOZIALPOLITIK HAUTNAH

Auswirkungen der derzeitigen Kürzungspolitik am Beispiel Frankfurt:

Die Stadt Frankfurt hat Sozialhilfeberechtigte vor vollendete Tatsachen gestellt: Der seitherige Zuschlag, der unter bestimmten Umständen zu den Haushaltsenergiekosten gezahlt wurde, fällt ab sofort weg. Außerdem wird die Bekleidungsprämie gekürzt, und zwar von 770 DM auf 580 DM, sage und schreibe 190 DM weniger, wo der Sozialhilfesatz gerade mal um 5 DM angehoben wurde. Begründet wird dies damit, daß die Stadt Frankfurt bisher mehr als andere gezahlt habe und sich dies nun nicht mehr leisten könne. Was bei einem Sozialhilferegelsatz von 515 DM 95 DM weniger im halben Jahr bedeuten (und in einigen Fällen noch weniger durch Wegfall des Energiezuschusses), kann sich jeder selbst ausrechnen, der sich vorstellt, davon seinen Lebensunterhalt bestreiten zu müssen.

Gegen diesen massiven Einschnitt regte sich Widerstand:

Auf Initiative von BewohnerInnen der Karl-Kirchner-Siedlung zusammen mit dem Kinderhaus der Arbeiterwohlfahrt in der Wegscheidstraße in Frankfurt-Preungesheim wurde eine BewohnerInnenversammlung einberufen. Mit viel Engagement und Power wurde die Debatte geführt.

Ergebnis:

Die anwesenden BewohnerInnen entschieden sich für eine Unterschriftensammlung gegen die Kürzungen, an der sich auch andere Initiativen beteiligen sollen. Den Text der Unterschriftenaktion drucken wir im folgenden "im Wortlaut" ab. Als nächster Schritt ist ein Treffen mit verschiedenen Initiativen und Gruppen in Frankfurt geplant, um gemeinsam zu überlegen, welche Schritte noch unternommen werden können, um die Kürzungen rückgängig zu machen.

Jürgen Maier

Im Wortlaut:

Unterschriftenaktion gegen Sozialhilfekürzungen in Frankfurt

Wir, die unterzeichneten Sozialhilfeempfänger, haben durch ein Merkblatt (ohne Unterschrift!) erfahren, was bei uns alles gekürzt worden ist. Wir sollen den Strom selbst bezahlen und das Kleidergeld wird um DM 95,- gekürzt. Das können wir so nicht ohne weiteres hinnehmen! Wir haben schon so wenig zum Leben, sollen wir auch noch auf die Straße betteln gehen? Nein, so erniedrigen tun wir uns nicht. Warum holt die Stadt das Geld nicht von den Reichen? Warum gerade bei den Armen? Wir wollen nur unseren Stromanteil, und laßt uns unser volles Kleidergeld. Wenn nicht, werden wir alle geschlossen darum kämpfen und an die Presse gehen. Also habt ein Einsehen mit den Ärmsten der Armen und laßt es so wie es bisher war!

| Name | Adresse | Unterschrift |
|------|---------|--------------|
| | | |

AKTION GEGEN KÜRZUNGEN DER SOZIALLEISTUNGEN IN BONN

In der letzten Mai-Woche besetzte Robin Soz, eine sozialpolitische Aktionsgruppe, das Dach des SPD-Büros in Bonn. Die Gruppe wollte damit eine Ablehnung der Sparbeschlüsse durch die SPD-geführten Länder im Bundesrat erreichen. Am letzten Tag der Besetzung trafen sich Sozialhilfeempfängerinnen aus verschiedenen Teilen Deutschlands in Bonn, um ihre Unterstützung der Forderungen von Robin Soz deutlich zu machen. Dabei war auch eine Gruppe aus Hessen. Zu ihren Eindrücken befragten wir Kathrin Boos, eine Teilnehmerin aus Marburg.

C.Hey: Kathrin, Du warst am 28. Mai mit dabei in Bonn. Weshalb bist Du mitgefahren?

K.Boos: Hauptsächlich bin ich mitgefahren, weil ich es nicht richtig finde, die Sozialhilfe zu kürzen. Ich beziehe zur Zeit aufgrund der Trennung von meinem Mann ebenfalls Sozialhilfe und weiß deshalb, wie knapp das Geld da schon ist. Außerdem war ich noch nie auf einer Demonstration und es hat mich interessiert, wie so was abläuft. Man hört ja auch sonst davon, aber man hört halt nicht immer so richtig hin.

C.Hey: Wie hast Du den Tag erlebt?

K.Boos: Viele Redner haben darüber gesprochen, daß der Staat alles mögliche an Geld verschleudert, statt es den Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen zu geben, wo es besser aufgehoben wäre. Deshalb haben die Leute von Robin Soz ja auch den Turm besetzt. Das war schon 'ne tolle Leistung. Wir haben sie dann auch mit Applaus da runter geholt. Schön waren auch die vier kleinen lebenden Ferkel, die haben demonstriert, was das eigentlich für Schweinereien sind mit den Kürzungen. Jürgen hatte für uns ja auch Schweinchen dabei, allerdings aus Karton.

C.Hey: Würdest Du noch einmal mitfahren?

K.Boos: Auf jeden Fall, auch wenn jetzt konkret nichts dabei rauskam. Die Kürzungen waren ja schon beschlossen, deshalb war die

Aktion eigentlich zu spät. Vielleicht waren deshalb nur wenige da. Aber die haben ja eine ganze Menge Sozialhilfeempfänger vertreten. Und es war gut, daß die Politiker, die rein und raus gingen, gesehen haben, daß nicht alle sich das gefallen lassen.

C.Hey: Kathrin, vielen Dank für das Interview!



*Kathrin Boos im Bus nach Bonn
(Foto: Jürgen Maier)*

**STREICHEN BEI DEN REICHEN
- BUNDESWEITES SOMMERTREFFEN DER SOZIALHILFEINITIATIVEN
IN BORKEN -**

Unter dem Motto "Kein Sparen bei den Armen, Streichen bei den Reichen" soll am 29. Oktober 1993 ein bundesweiter Aktionstag an möglichst vielen Orten der Bundesrepublik gegen weiteren Sozialabbau und Armut stattfinden. Außerdem wird mit der Abschlusserklärung des Treffens auf mögliche Bündnispartner zugegangen, um mit ihnen gemeinsam weitere Kürzungen bei den Armen abzuwehren und auf gesellschaftliche Konsequenzen aufmerksam zu machen.

Dies beschlossen die über 100 TeilnehmerInnen - darunter 22 aus Hessen - am bundesweiten Treffen der Sozialhilfe-Initiativen vom 29.07. - 01.08.93 in der Nähe von Borken bei ihrem Abschlußplenem. Sie folgten damit auch einem Aufruf von Erwerbsloseninitiativen, die den "Weltspartag" für Aktionen ausgewählt hatten.

Zuvor hatten sich die TeilnehmerInnen drei Tage lang im Plenum und in Arbeitsgruppen mit der Entwicklung der Sozialhilfe befaßt. Schon im Eröffnungsplenem waren übereinstimmende Tendenzen deutlich geworden: die "Zwangsarbeit" ist wieder im Kommen, freiwillige Leistungen der Kommunen werden zunehmend eingeschränkt, einmalige Leistungen werden restriktiver gehandhabt. Außerdem gibt es eine allgemeine Verunsicherung, welche gesetzlichen Veränderungen beschlossen sind und welche nicht.



*Können SozialhilfeempfängerInnen einpacken?
(Foto: Vivianne D.)*

Die größte Arbeitsgruppe mit über 40 TeilnehmerInnen informierte sich und diskutierte einen ganzen Tag lang über die Konsequenzen der Änderung des Bundessozialhilfegesetzes im Rahmen des "Solidarpaktes". An dieser Arbeitsgruppe nahm auch Walter Schellhorn ("Sozialhilfe-Papst"), der ehemalige Geschäftsführer des Deutschen Vereins für öffentliche und private

Fürsorge, teil. Er hat die Entwicklung der Sozialhilfe seit den fünfziger Jahren verfolgt und ist bekannt als Herausgeber von Sozialhilfe-Recht-Kommentaren. Nach seiner Einschätzung wird die Sozialhilfe ("eine beschämende Entwicklung") immer mehr wieder zur "Armenfürsorge" und fällt damit zurück in die 50iger Jahre. Sie entferne sich auch immer weiter vom Prinzip der Bedarfsdeckung. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe waren: Es sollte rechtlich geprüft werden, inwieweit mit der Sozialhilfe überhaupt noch ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Ebenso sollte die Verfassungsmäßigkeit des Lohnabstandsgebotes (Schellhorn: "Willkürklausel"), welches jetzt auch für große Familien gilt, geprüft werden. Als eine Konsequenz auf die restriktive Bewilligungspraxis bei einmaligen Leistungen - die Bundesregierung wird hierzu eine Rechtsverordnung zwecks Vereinheitlichung herausgeben - wurde das offensive Ausschöpfen von Leistungen gesehen.

Eine andere große Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem Zusammenhang von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Sozialabbau. Ihr Fazit: Ursachen erkennen, über Ängste reden und die Situation von ausländischen MitbürgerInnen, vor allem auch Flüchtlingen, in die Arbeit der Initiativen einbeziehen. Außerdem gab es noch Arbeitsgruppen zur "Zwangsarbeit", zum "Umgang mit den Ämtern" und deren Bewilligungspraxis, zu "Schulden" und "Einmaligen Leistungen".

Neben dem Arbeiten verlockte die schöne Umgebung des Wasserschlosses "Jugendburg Gemen", in dem die Tagung stattfand, das örtliche Schützenfest und das nahe Holland zu kleineren und größeren Unternehmungen. Und wem es dann in Holland am freien Nachmittag zu gut gefiel und etwas spät zum Grillfest zurückkam, der bekam auch keine Würstchen mehr ...

Jürgen Maier

**Wirtschaftskrise ohne Ende - Umbau oder Abbau des
Sozialstaats ?**

Tagung in Kooperation mit der Evang. Akademie Arnoldshain

15. - 17. Oktober 1993

Vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik, der weiter steigenden Arbeitslosenzahlen sowie der zunehmenden Verlagerung der Produktion in die Billiglohnländer des ehemaligen Ostblocks bzw. im Fernen Osten gerät das System der Sozialen Sicherung immer mehr in die Schlagzeilen der öffentlichen Diskussion. Handelt es sich hierbei wirklich nur um einen "Umbau", wie von politisch interessierten Kreisen stets betont wird, um die staatlichen Sozialleistungen zukünftig zielgerechter den "wirklich Bedürftigen" zukommen zu lassen oder verbirgt sich dahinter nicht doch der bewußt gewollte sozialpolitische Kahlschlag wie von anderer Seite behauptet wird?

Wohin steuert also diese Republik? Und gibt es überhaupt relevante Gegenkräfte, die der sich verfestigenden Ausgrenzung eines immer größer werdenden Teils der bundesrepublikanischen Bevölkerung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum wirksam entgegenzutreten können?

Ziel der Tagung ist es, nach vorhandenen sozialpolitischen Spielräumen in der gegenwärtigen Krise Ausschau zu halten und mögliche Perspektiven gegen weitere Verarmung und Ausgrenzung zur erarbeiten.

**INITIATIVEN DES LANDES HESSEN -
INFORMATIONEN IM ARBEITSKREIS FRAUEN UND ARBEIT**

Als Gegenmaßnahme zum finanzpolitischen Kahlschlag der Bundesregierung stellt das Land Hessen ein "300-Millionen-Investitionsprogramm" für wirtschaftliche Anschläge bereit, die auch in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wirken sollen. Im Arbeitskreis Frauen und Arbeit stellte Dörte Ahrens vom Hessischen Ministerium Frauen, Arbeit und Sozialordnung (HMFAS) die Teile des Programms vor, die der Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen.

Insgesamt sind dies 32 Mio. DM. Davon werden 11 Mio. DM für eine ABM-Überbrückung gewährt. Ziel ist hier, nach Wegbruch der ABM-Stellen eine bewährte Arbeit für eine Übergangszeit von zwei Jahren sicherzustellen. Beantragt und abgewickelt werden diese Gelder beim örtlichen Arbeitsamt; die Vergabe erfolgt nach den bestehenden ABM-Richtlinien. Mit weiteren 14 Mio. DM für 1994 und 1995 wird das hessische Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" weitergefördert, das sich bisher bewährt hat.

Als ein neues Förderinstrument stellte Dörte Ahrens die "Initialförderung für Beschäftigungsgesellschaften" vor. 3 Mio. DM werden hier Projekten zur Verfügung gestellt für eine neue oder weiterentwickelte Projektidee, die auch in der Schaffung einer Vernetzung zwischen schon bestehenden Projekten liegen kann. Hier wird mit maximal 100.000 DM pauschal pro Projekt gefördert. Umfaßt sind hierbei auch Verwaltungs- und Regiekosten.

Dörte Ahrens selbst verwaltet ein Fördertopf von 4 Mio. DM, der dem Erhalt und der Schaffung von Frauenarbeitsplätzen dienen soll. Die umfassende Förderung erfolgt über einen Zeitraum von 2 Jahren und dient der Unterstützung dreier Modellprojekte vorrangig für Frauen in ländlichen Gebieten. Voraussetzung für eine Förderung ist eine Qualifizierung in einem innovativen Berufsfeld. Besonders auf dem Lande sitzen durchaus gut qualifizierte Frauen wegen der fehlenden Nahverkehrsanbindung fest. Hier gilt es z. B. durch ein "Mobilitätsprojekt" die Lücken im Öffentlichen Personen-Nahverkehr zu schließen.

Weitere Fördervoraussetzung für die Projekte ist die Einbeziehung der regionalen Besonderheiten in die Konzeption. So ist bei vorhandenen Qualifikationen erwerbsloser Frauen schon auf eine mögliche "Nutzbarkeit" zu achten, ohne immer wieder in den hauswirtschaftlichen Bereich ausweichen zu müssen. An dieser Stelle verwiesen jedoch die Arbeitskreisteilnehmerinnen darauf, daß Teilnehmerinnen an Beschäftigungsmaßnahmen häufig unqualifizierte Sozialhilfeempfängerinnen sind, die oftmals einem stark tradierten Rollenbild verbunden sind und daher gerade Maßnahmen im pflegerischen und hauswirtschaftlichen Bereich die einzige Zugangsmöglichkeit zum Erwerbsarbeitsmarkt für sie bilden.

Zwar bieten auch einige Branchen mit frauenuntypischen Berufsbereichen die Chance auf einen relativ krisenfesten Job für nicht besonders hochqualifizierte Frauen. Gleichzeitig lehnt es ein Teil der erwerbslosen Frauen von vornherein ab, in dem Bereich tätig zu sein. Damit steht hier die Sozialarbeit in einem Konflikt, Frauen eine eigenständige Existenzsicherung anbieten zu können, aber gleichzeitig auch den Lebensentwurf der Frauen akzeptieren zu müssen, der eine solche Tätigkeit für sie ablehnt. Abschließend waren sich die Anwesenden darüber einig, daß es erstrebenswert ist möglichst viele unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen anzubieten, um einer jeden eine Erwerbstätigkeit nach ihren persönlichen Neigungen und Fähigkeiten zu ermöglichen.

Anette Dittrich

RASSISMUS WAR THEMA DER DIESJÄHRIGEN FRAUENZENTRALTAGUNG

Die aktuelle Diskussion um Flüchtlingsbewegungen, Asyl, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus war Inhalt der diesjährigen Frauenzentraltagung. Wie wir aus zahlreichen Gesprächen mit BewohnerInnen deutscher und anderer Nationalitäten und auch aus Gesprächen mit SozialarbeiterInnen wußten, wurden diese Themen auch in den Brennpunkten diskutiert - ein Grund für uns, in einer Frauentagung darauf einzugehen.

Ein Brennpunkt-Thema ist Ausländerfeindlichkeit sicherlich nicht in dem Sinne, daß in den Siedlungen Rassismus häufiger anzutreffen ist als anderswo. Dagegen haben sich die Frauen auf der Tagung zurecht verwahrt, leben doch gerade in den Siedlungen Deutsche und Nichtdeutsche häufig eng nebeneinander und dies so friedlich (oder im speziellen Falle auch nicht) wie Deutsche und Deutsche.

Ein Thema für die Brennpunkte ist Rassismus und Ausländerfeindlichkeit aber gerade dadurch, daß mit der politischen Orientierung auf "die Ausländer" als Sündenböcke für alle Versorgungsprobleme eine Bewegung gegen die gegenwärtige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in die falsche Richtung gelenkt und gespalten wird. Über den Zusammenhang zwischen Rassismus und Kürzungspolitik nachzudenken, war deshalb ein Teil der Tagung. Ein Teil allerdings, der erst mal noch zurückstehen mußte hinter der Notwendigkeit, die Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, die über Menschen anderer Nationalitäten, die in der Bundesrepublik leben beziehungsweise neu hierherkommen, gemacht werden.

Dazu haben wir uns einen Film angeschaut über die Situation von drei Frauen, die in der Bundesrepublik Asyl beantragt haben. In verschiedenen Arbeitsgruppen informierten wir uns über Lebens- Arbeits- und rechtlichen Bedingungen von sogenannten "Gastarbeitern" und Asylbewerbern. Interessant waren die Informationen aus erster Hand, die die marokkanischen Teilnehmerinnen direkt über ihre Lebenssituation hier in Deutschland gaben. Beim Thema Asyl waren die Frauen überrascht darüber, was alles nicht als Asylgrund anerkannt wird. Besonders für



TAGUNGEN

die Sinti-Frauen war das Referat von Renate Knigge-Tesche bewegend, die über die Verfolgungen im Faschismus erzählte.

Für Renate war dies die letzte Frauen-Tagung mit der LAG. Sie hat in Zukunft in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung einen anderen Arbeitsschwerpunkt. Auf dem Fest am Samstagabend wurde sie denn auch gebührend verabschiedet. Besonders gefreut hat sie sich über die Brosche, die ihr die Frauen zur Erinnerung schenkten. An dieser Stelle möchten sich die Frauen auch noch einmal ganz herzlich für die langjährige gute Zusammenarbeit bei Renate Knigge-Tesche bedanken. Mit Bauchtanz und Disco-Rhythmen ging es dann noch heiß her beim Frauenfest, die letzten sollen um 6 Uhr noch gesichtet worden sein.

Christina Hey



*Oben: Bildungsurlaub der Frauen in Berlin/vor dem Frauenzentrum in Potsdam
Unten: Internationaler Frauentag 1993 in Marburg (Fotos: Hey)*

COMMUNITY ORGANIZATION - TRAINING IN GELNHAUSEN

Im Februar 1993 trafen sich etwa dreißig SozialarbeiterInnen, GemeinwesenarbeiterInnen und DozentInnen zum ersten Community-Organization-Training (CO-Training) in Deutschland im Burckhardtthaus in Gelnhausen. VeranstalterInnen waren verschiedene Fachorganisationen. Durchgeführt wurde das Training von zwei "Organizern" aus den USA. Das durchgeführte Training orientierte sich an dem in den USA entwickelten Trainingsprogramm für "Organizer".

"Organizer" in den USA grenzen sich strikt von SozialarbeiterInnen ab und sehen ihre Aufgabe darin, eine eigenständige BürgerInnenorganisation innerhalb einer "Community" (Gemeinwesen) zu initiieren. Wobei die Größenordnung dieser Gemeinwesen mit bis z. T. 150.000 Menschen nicht mit den deutschen Verhältnissen zu vergleichen sind. Organizer suchen sich ein Gemeinwesen aus, in dem es viele soziale Probleme - von fehlender Infrastruktur über desolate Wohnverhältnisse, Kriminalität etc. - gibt oder werden von dort existierenden Gruppen, z. B. einer Kirchengemeinde angesprochen. Am Anfang ihrer Arbeit geht es den Organizern darum, die informellen und formellen "Leader" (Führer) des Gemeinwesens und gemeinsame "Issues" unter den BewohnerInnen herauszufinden. "Issues" sind konkrete Probleme, z. B. feuchte Wände, die möglichst viele Leute betreffen sollen und um die sich auch Menschen organisieren lernen.

Gerade am Anfang der Arbeit von "Organizern" ist es wichtig, erfolgreiche Aktionen durchzuführen, um eine BürgerInnenorganisation aufzubauen. D. h. es geht eigentlich nur in zweiter Linie um die Lösung des konkreten Problems, das eigentliche Ziel ist die Einrichtung der Organisation. Um dies zu erreichen, ist gerade die Arbeit

mit den "Leadern" innerhalb der Gemeinwesen sehr wichtig. D. h. es werden mit ihnen ausführliche Interviews geführt, bei denen es auch um die Herstellung einer persönlichen Beziehung zwischen "Organizer" und "Leader" geht. Auch für diese "Leader" gibt es Trainingsprogramme, mit ihnen werden verschiedene Techniken geübt, z. B. Verhandlungsstrategien gegenüber einem Gegner z. B. einem Hausbesitzer, zu entwickeln. Gegner werden immer personalisiert, d. h. es werden keine Organisationen oder Parteien insgesamt zu bestimmten Problemen angesprochen, sondern immer die Person, welche die Entscheidungsbefugnis über die Probleme besitzt.

Was mir bei dem Training auffiel, war auch die Wortwahl, es wurde vom "enemy", also Feind geredet, vom "struggle" (Kampf), sehr wichtig ist der Begriff "power" (Macht), Begriffe, die sehr kämpferisch klingen und an ein Gut- und Böse-Schema denken lassen. Wobei dies nicht heißt, daß man/frau nicht kompromißbereit ist. Es wird in keine Verhandlung gegangen, ohne nicht Maximal- und Minimalforderungen geklärt zu haben. Ein ehemaliger "enemy" kann sich auch zum Partner entwickeln. Wenn ein "enemy" nicht zu Verhandlungen bereit ist, geht es darum, phantásievolle Aktionen zu entwickeln, die den Leuten auch Spaß machen und den Gegner zwingen, mit der Organisation in Verhandlung zu treten.

Die Finanzierung einer Organisation läuft über Mitgliedsbeiträge, Gewinne aus kulturellen Veranstaltungen und dem sogenannten Fundraising. Fundraising bedeutet, daß die "Organizer" oder "Leader" ortsansässige Firmen und Kleinhändler um Spenden bitten, indem sie versuchen, deren Eigeninteresse an einer Verbesserung

der Lebenssituation im Gemeinwesen anzusprechen und die Arbeit der Organisation bestmöglich verkaufen. Dazu werden Dias, Broschüren und Vorträge benutzt, um zu verdeutlichen, daß auch die Firmen, Banken und Ladenbesitzer an einer gut funktionierenden Organisation interessiert sein müßten, damit ihr Firmenstandort längerfristig erhalten bleiben kann. Die Stellung des "Organizers" innerhalb der Organisation, die in der Regel aus Kirchengemeinde, Vereinen (Block Clubs) und Einzelpersonen besteht, hängt von der Güte seiner Arbeit ab. Die Mitglieder der Organisation können ihn jederzeit abwählen und auf die Straße setzen. Es ist auch nicht die Aufgabe des "Organizers", seine eigenen Vorstellungen und Ideen umzusetzen, sondern die Wünsche der Mitglieder aufzunehmen und mit ihnen zusammen effektiv umzusetzen. Auch bei Verhandlungen bleibt der Organizer im Hintergrund und läßt die Leader agieren.

Im Prinzip geht es um die Umsetzung des Konzepts "Hilfe zur Selbsthilfe", um die Befähigung der BewohnerInnen, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen und sich selbst zu organisieren, um eine machtvolle Organisation zu gründen. Ist dieses Ziel erreicht, ist die eigentliche Arbeit des Organizers beendet und er sucht sich ein neues Betätigungsfeld.

Das Training selbst beschäftigte sich mit den Techniken Interviews,

Door knocking (Türklopfen), Verhandlungsstrategien, Fundraising und war erfreulicherweise sehr praxisorientiert, wobei die Persönlichkeiten der Trainer und deren konsequentes Vorgehen sehr zu der erfolgreichen Umsetzung beigetragen haben.

Aufgrund dieser Erfahrungen bestand am Ende des Trainings unter den TeilnehmerInnen Einvernehmen darüber, daß dies keine einmalige Veranstaltung bleiben darf. Gerade für die Gemeinwesenarbeit in Deutschland könnte eine Weiterführung der Auseinandersetzung mit Community Organization sicherlich befruchtend sein. Um dies zu gewährleisten, trafen sich am 07.05.93 in Köln zwanzig TeilnehmerInnen des CO-Trainings und gründeten FOCO (Forum für Community Organizing). Aufgabe von FOCO soll es sein, Community Organization in Deutschland bekannter zu machen und mehr Leute für diesen Ansatz zu interessieren.

Die ersten konkreten Schritte sind gemacht, FOCO wird einen Rundbrief herausgeben, will ein Archiv gründen und 1994 ein weiteres Training für AnfängerInnen und Fortgeschrittene durchführen. Außerdem ist an Pfingsten 1994 ein Workshop zum Thema "Community Organization in Deutschland - Möglichkeiten und Grenzen" im Burckhardthaus geplant. Der Workshop wird im Veranstaltungsprogramm des Burckhardthauses aufgeführt sein.

Jürgen Mühlfeld

**AM ENDE DER AUSBLICK:
MÄDCHENBILDUNGSPROJEKT ENDET MIT FACHTAGUNG ZUR MÄDCHENARBEIT**

Im Herbst diesen Jahres geht das Mädchenbildungsprojekt, das die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Hessen durchgeführt hat, zu Ende. Im Rahmen einer Fachtagung mit dem Titel "Mädchenarbeit in Sozialen Brennpunkten" im Juli in Gießen wurden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt.

In der dreijährigen Laufzeit des Projekts, das für ein Jahr durch Barbara Jöst mit einer halben ABM-Stelle begleitet wurde und in der anderen Zeit durch die Frauenbildungsreferentin der LAG betreut war, wurden 70 Bildungsveranstaltungen durchgeführt, an denen 880 Mädchen teilnahmen (siehe LAG-Zeitung 2/92). Die ein- bis fünftägigen Veranstaltungen, die zum Teil zentral für Mädchen aus den verschiedenen Städten und zum Teil vor Ort in der Siedlung angeboten wurden, setzten sich in vielfältiger Weise mit der Lebenswelt der Mädchen in Sozialen Brennpunkten auseinander. Die Themen reichten von Musik, Theater, Sport und Bewegung über Berufsorientierung und Lebensplanung, von Körperwahrnehmung, Sexualität und Selbstverteidigung über Ökologie hin zum Lebensumfeld Siedlung. Teil des Projekts waren auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Kolleginnen und Fortbildungsangebote.



(Foto: Susanne Hofmann)

Helmut Landgraf und Hartmut Fritz als Vertreter der beiden Kooperationspartner zeigten sich bei der Tagung denn auch mit den Ergebnissen zufrieden. Hartmut Fritz bedankte sich im Namen der Brennpunkte für die Kooperationsbereitschaft von Arbeit und Leben, die es ermöglicht, einen neuen Schwerpunkt in der Mädchenarbeit zu setzen. Helmut Landgraf betonte die Bereitschaft der LAG Arbeit und Leben, auch in Zukunft mit der LAG Soziale Brennpunkte zusammenzuarbeiten.

Als zentrales Ergebnis des Projekts beschrieb Christina Hey die Entwicklung von Know how für die Mädchenbildungsarbeit. Mit Hilfe der Projektmittel war es möglich, langgehegte Wünsche oder Ideen in die Tat umzusetzen oder auch

TAGUNGEN

wieder über neue Wege nachzudenken und diese auszuprobieren. Im Mittelpunkt stand die Erarbeitung und der Transfer von neuen Konzepten für die tägliche Praxis. Eine Materialsammlung wird diese für die Kolleginnen zugänglich machen und Impulse für die Arbeit vor Ort geben.

Was das Projekt für die Mädchen in den Siedlungen und die Kolleginnen vor Ort gebracht hat, veranschaulichten Lisa Margara und Marion Wienholtz vom Sozialzentrum Frauensteiner Straße in ihrer Beschreibung aus der Praxis. In ihrem Bericht von der Erstellung des "Mädchenbuches" durch die Mädchen aus dem Wiesbadener Brennpunkt wurde auch deutlich, mit wieviel Freude Mädchen und Sozialarbeiterinnen bei der Sache waren und wieviel Erfolgsgefühle sie aus dem Projekt zogen.

Bei der Vorstellung des Erreichten blieb die Tagung jedoch nicht stehen. Mit der Beschreibung der Lebenslage von Mädchen in Sozialen Brennpunkten eröffnete Bärbel Geiß vom Zela in Gießen die Debatte um die Zukunft der Mädchenarbeit. Heide Funk, Soziologin und Mitarbeiterin der Universität Tübingen, wies in ihrem Beitrag auf die Notwendigkeit hin, die Themen der Mädchen als politische Themen zu begreifen, Ambivalenzen herauszuarbeiten und sie im Sinne regionaler, an den Interessen der Mädchen orientierter Problemlösungen gemeinsam mit diesen zu bearbeiten. Mit dem Verhältnis von Angeboten für Mädchen und deren jugendpolitischer Interessenvertretung als Anforderung an die "Mädchenarbeiterinnen" befaßte sich denn auch eine der beiden Arbeitsgruppen, die andere thematisierte das Verhältnis zwischen Sozialarbeiterinnen in Modellprojekten und denjenigen in Gemeinwesenarbeitsprojekten.

Daß das Ende des Projekts nicht auch das Ende der Mädchenarbeit in der LAG bedeutet, betonte Elke Schimpf in ihrem Schlußwort. Sie will die Mädchenarbeit zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit als Jugendbildungsreferentin machen.

In der Dokumentation des Mädchenbildungsprojektes, die im Herbst erscheint, sind auch die Beiträge der Fachtagung nachzulesen. Sie wird über die LAG Soziale Brennpunkte zu beziehen sein.

Christina Hey

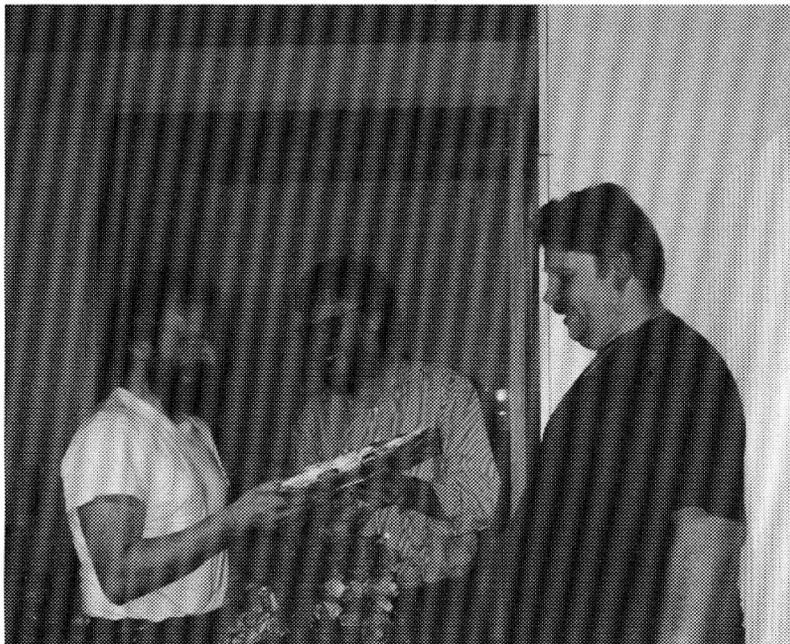


Foto:
Jugend-
zentrum
Waldau

SPARSCHWEINEREIEN - VIEL GEREDE - ABSCHIED

Im Arbeitsfeld der sozialen Sicherung hat sich seit Erscheinen der letzten Zeitung viel ereignet.

Überschattet waren die letzten Monate eindeutig von den Sparmaßnahmen, welche in Bonn zu Lasten der schwächsten Glieder in der Gesellschaft beschlossen wurden. Und wie recht die hatten, es regte sich kaum Protest. Gerade 50 - 60 Personen versuchten am 28. Mai unter dem Titel "Schluß mit den Sparschweinereien" vor dem Erich-Ollenhauer-Haus (SPD-Zentrale) zu demonstrieren, um die SPD-geführten Bundesländer umzustimmen. An diesem Tag wurde das Sparpaket auch vom Bundesrat verabschiedet. Ich persönlich hatte mehr an Protest aus ganz Deutschland erwartet. Wären aber wir Hessen, und hier dürfen wir uns wirklich selbst loben, nicht mit einem Bus gekommen, hätte der Protest noch spärlicher ausgesehen. Immerhin 30 Leute folgten dem Aufruf der LAG-Mitgliederversammlung (eine Woche vorher) und gaben ihrem Ärger freien Lauf. Großes Lob gebührt auch den drei "mutigen Kämpfern" von Robin Soz, welche eine Woche lang den Würfel auf der SPD-Zentrale besetzt hielten. Leider nahmen Fernsehen und Presse hiervon wenig Notiz. Einige wenige Steinwerfer während der Demonstration zur Asyldebatte und das Urteil zum § 218 fanden mehr Aufmerksamkeit. So werden wir in Zukunft erheblich weniger erhalten, und die Armut wird noch größer werden.



(Foto: Lilo Etzel)

Ein anderes Ereignis wurde auch mehr als halbherzig durchgeführt. Ganz wenige Leute erklärten sich mit den Wohnungslosen solidarisch. In der AG-Sozialhilfe stellte sich heraus, daß wir die Angelegenheit sehr ernst nahmen und vor Ort waren. Und wir können die Wut der betroffenen Menschen verstehen, wenn sie sagen: "Die Nacht der Wohnungslosen führte zu schönen Politikerreden, aber passieren tut nichts."

Am 24. April geschah dann das Unvermeidliche. Nachdem Lothar Geschäftsführer der LAG wurde und nun Jürgen das Ruder des "LAG-Sozialschiffes" hält, war es der Wille der Gruppe, Lothar gebührend zu verabschieden. Bernd sprach die entsprechenden Worte und zeigte die wichtigsten Stationen nochmals auf: Nichtanrechnung des Kindergeldes, Aktionstag in Wiesbaden, Bielefelder Forderungen, Gründungen und Auflösungen von Sozialhilfegruppen usw.. Immer waren die Hessen vorn und Lothar ganz vorne dabei! Jürgen übergab für die Gruppen ein Geschenk zum praktischen Gebrauch beim Bergwandern und vier Mitglieder übergaben ein Geschenk als ganz persönliches Dankeschön. Schade, daß an diesem Samstag nur wenige den Weg nach Raunheim zu dieser Verabschiedung fanden. Trotzdem auch nochmals an dieser Stelle vielen Dank, Lothar!

Bernhard Horch

Sind 530-Mark-Jobs Unrecht?

Sozialgericht Hannover will Den Haag entscheiden lassen

ari KASSEL, 2. August. Die sozialversicherungsfreien „530-Mark-Jobs“ diskriminieren Frauen und verstoßen deshalb nach Auffassung des Sozialgerichts Hannover gegen europäisches Recht. Es hat daher den Streitfall dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag zur Entscheidung vorgelegt. Das geht aus der Augustnummer der Zeitschrift *Arbeitsrecht* hervor, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) herausgibt (AZ: S7J629/89).

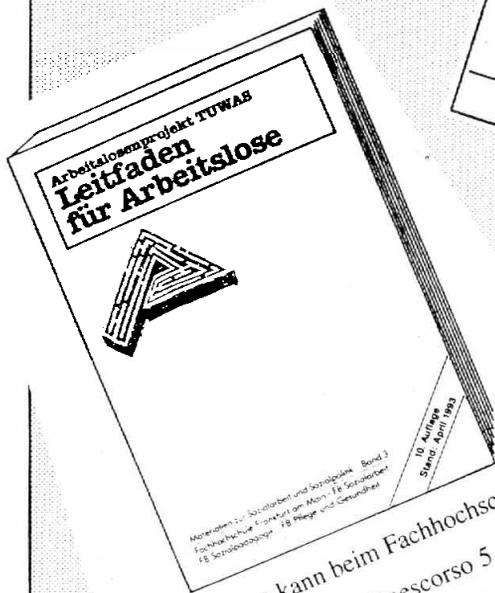
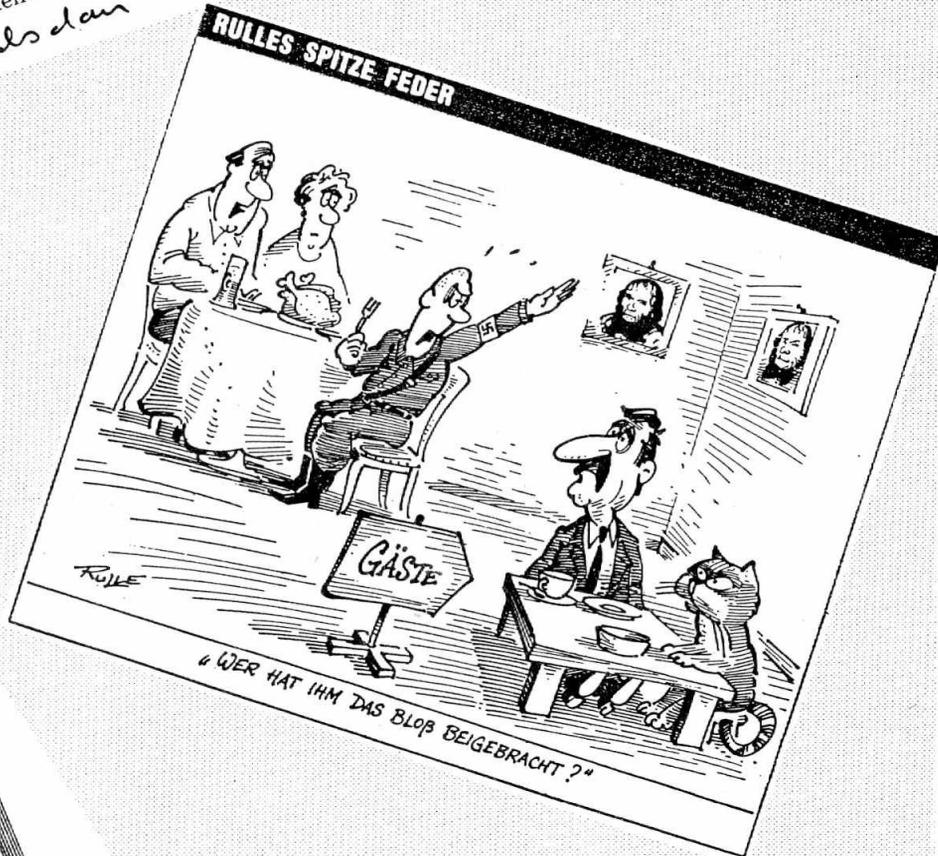
Die Versicherungsfreiheit geringfügig Beschäftigter (derzeit monatlich bis zu 530 Mark Vergütung in den alten Ländern, 390 Mark in den neuen) führt nach Ansicht des Sozialgerichts zu mittelbarer Diskriminierung von Frauen. Der Anteil der Frauen an diesen versicherungsfreien Arbeitsverhältnissen betrage etwa 75 Prozent — in einigen Altersgruppen bis 88 Prozent. Somit seien von der gesetzlichen Regelung und ihren Folgen (keine Rentenansprüche, kein Krankenversicherungsschutz) überwiegend Frauen betroffen. Nach Meinung der Richter verstößt die Bundesrepublik damit gegen den Artikel 119 des EWG-Vertrags.

Gestützt auf den europäischen Gleichstellungsartikel hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel mehrere Benachteiligungen von — überwiegend weiblichen — Teilzeitbeschäftigten aufgehoben. So hat es bereits 1991 die Praxis für unzulässig erklärt, daß gewerblichen Beschäftigten, die weniger als zehn Stunden pro Woche arbeiten, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gewährt wird.

Im Hannoverschen Fall fordert eine heute 63jährige Frau Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Sie hatte von 1977 bis 1987 als „geringfügig beschäftigte“ Reinigungskraft gearbeitet. Weil sie dabei jedoch unter der Sozialversicherungsgrenze blieb, wird sie nach dem Gesetz so behandelt, als habe sie gar nicht gearbeitet.

3.8.93

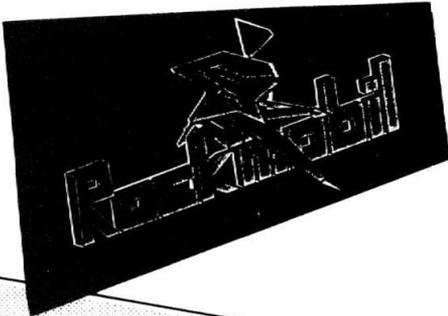
Franz-Joachim Rüdelsdorf



Der Leitfaden kann beim Fachhochschulverlag Frankfurt am Main, Limescorso 5, 6000/60439 Frankfurt/M. 50 bezogen werden.

Neue Rockmobilbroschüre erschienen!

Die neue Rockmobilbroschüre liegt vor, deren Texte und Fotos in gemeinsamer Teamarbeit mit den RockmobilmitarbeiterInnen entstanden sind. In dieser Broschüre wird das Konzept Rockmobil Hessen als Musiksozialarbeit veröffentlicht. Es wird deutlich vorausgestellt, worauf es bei dieser Musiksozialarbeit ankommt, wie auch welche Voraussetzungen diese Arbeit erfordert. Vorgestellt wird auch die Arbeit in den neuen Proberäumen im Musikbunker Kassel, die zukünftig als Zentrum für Jugend- und Kulturarbeit in Kassel gilt. In dem Artikel "Musik kennt keine Grenzen" werden die vorhandenen Kontakte des Rockmobils ins Ausland beschrieben, wie auch die Idee, daß gerade Musik sich als Medium der grenzenlosen Verständigung eignet. Im letzten Teil der Broschüre werden in Kurzform alle Bands des Rockmobils vorgestellt.



Wichtig!
Den Artikel
für die nächste
LAG-Zeitung
schreiben!!!



Ulrich Schneider
"Solidarpakt gegen die Schwachen"
208 Seiten, TB 80033-0
DM 9,90 / ÖS 77,- / SFr 10,90
ORIGINALAUSGABE

Liebe Waltraud,
für Deinen weiteren beruflichen und privaten Lebensweg
wünschen Dir alles Gute
Deine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus der LAG



T E R M I N K A L E N D E R

September

- 10.09.-12.09. 1. Frauenherbsttagung (in Kooperation mit der Hess. Landeszentrale für Politische Bildung), Oberreifenberg
- 10.09. AG Jungen mit Jochen Hoffmann vom Männerzentrum, Frankfurt
- 16.09. Arbeitskreis Frauen, Frankfurt
- 17.09. LAG-Betriebsausflug
- 18.09. 20 Jahre Margaretenhütte
- 18.09. AG Sozialhilfe, Wiesbaden
- 22.09.-24.09. Fortbildung AnleiterInnen/SozialpädagogInnen, Dorfweil
- 23.09. AG Mädchen mit der Mädchenbeauftragten Luise Schröder aus Kassel, Gießen
- 24.09.-26.09. 2. Frauenherbsttagung, Oberreifenberg
- 25.09.-26.09. Kanuwochenende für Mädchen in Kooperation mit der BSJ
- 29.09.-01.10. Fortbildung Geschäftsführer, Erbacher Hof

Oktober

- 02.10. 20 Jahre Frauensteiner Straße
- 02.10.-03.10. Kanuwochenende an der Lahn in Kooperation mit der BSJ
- 08.10.-10.10. Wochenende für Mädchen zum Thema: Körper und Sexualität in Kooperation mit Pro Familia Frankfurt, Darmstadt
- 14.10. Arbeitskreis Frauen
- 15.10.-17.10. Kooperationstagung mit der Ev. Akademie, Arnoldsheim
- 21.10.-22.10. 73. Deutsche FürsorgerTagung, Mainz
- 22.10.-24.10. Fortbildung AusbilderInnen/SozialpädagogInnen/LehrerInnen, Dorfweil
- 23.10. Fortbildung Jungenarbeit zum Thema "Männer und Sexualität", Frankfurt
- 29.10. Bundesweiter dezentraler Aktionstag gegen Sozialabbau und Armut, Motto: Kein Sparen bei den Armen, Streichen bei den Reichen

November

- 01.11.-03.11. Zentrale Jugendarbeitstagung in Kooperation mit dem Landesjugendamt: "Präventiver Umgang mit Konflikten und Gewalt in der Jugend- u. Sozialarbeit", Dörnberg
- 02.11. Arbeitskreis Frauen und Arbeitskreis Frauen und Arbeit, gemeinsame Veranstaltung, Frankfurt
- 05.11.-07.11. Kooperationstagung der LAG mit dem Burckhardthaus in Gelnhausen: "Entwicklungen der Sozialen Sicherung, Handlungsmöglichkeiten der LAG-Projekte, Sozialhilfegruppen und Initiativen in Hessen"
- 13.11. Mitgliederversammlung
- 16.11. BAG Soziale Brennpunkte Frankfurt
- 22.11.-23.11. Betriebssozialarbeit Teil I, Dorfweil
- 25.11. Arbeitskreis Frauen
- 25.11.-26.11. Fachtagung, Ausbildung und Beschäftigung, Dorfweil
- 26.11.-28.11. Wochenendseminar für ausländische Bewohnerinnen (in Kooperation mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit), Bodenrod

Dezember

- 04.12. AG Sozialhilfe, Frankfurt
- 10.12.-12.12. Fortbildung Mädchenarbeit, Frauenferienhaus Charlottenberg